

lektuelle gemutmaßt, dass Jiang Yanyong aufgrund seines hohen militärischen Ranges, seines Alters und seiner Prominenz wohl kaum Repressalien wegen seiner Forderung nach einer Neubewertung der Ereignisse von 1989 zu befürchten bräuchte. Nicht wenige Vertreter der vierten Führungsgeneration teilten im Privaten angeblich die Ansichten Jiang Yanyongs und sahen keinen dringlichen Grund für ein repressives Vorgehen gegen ihn. Nach Insiderinformationen aus Beijing war die Festnahme Jiang Yanyongs drei Monate nach Bekanntwerden des Aufsehens erregenden Schreibens durch den früheren KPCh-Generalsekretär und noch amtierenden Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission Jiang Zemin veranlasst worden. Dass Jiang Zemin hier tatsächlich persönlich interveniert haben könnte, scheint insofern plausibel, als er seinen überraschenden Aufstieg an die Spitze der Parteihierarchie im Sommer 1989 den personellen Änderungen im Gefolge der Protestbewegung zu verdanken hatte und sich durch das Schreiben Jiang Yanyongs damit in besonderer Weise angegriffen fühlen könnte.

Nach Bekanntwerden der Festnahme Jiang Yanyongs setzten sich zahlreiche chinesische und internationale Gruppen für seine Freilassung ein. Besonderes Aufsehen erregte eine Online-Petition an Partei- und Staatschef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao, in der 400 chinesische Bürger, darunter bekannte Intellektuelle wie der Ökonom Mao Yushi, Aufklärung über seinen Verbleib und seine unverzügliche Freilassung forderten. Auch die Sicherheitsberaterin der US-amerikanischen Regierung, Condoleezza Rice, setzte sich bei ihrem jüngsten Besuch in Beijing für Jiang Yanyong ein.

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen ist Jiang Yanyong während der insgesamt 45 Tage, die er in Gewahrsam verbrachte, wiederholten Verhören unterzogen worden, bei denen ihm allerdings keine kriminellen Handlungen nachgewiesen werden konnten. Außerdem musste er eine intensive politische Indoktrination über sich ergehen lassen. So sei ihm tagtäglich ein „Gedankenbericht“ abverlangt worden. Zuletzt habe er durch implizite Formulierungen den Verhö-

renden die Möglichkeit gegeben, seine Ausführungen als Eingeständnis von Fehlern zu deuten.

Menschenrechtsexperten halten es für wahrscheinlich, dass Jiang Yanyong nach seiner Freilassung nun zunächst unter Hausarrest gestellt und ihm untersagt werden wird, Kontakt zur Außenwelt aufzunehmen. Insbesondere dürfte er von ausländischen Journalisten abgeschirmt werden. (SCMP, 4.6.04; ST, 5.6., 10., 23.7.04; WSJ, 15.7.04; IHT, 21., 29.7.04, *Hsin-pao (Hong Kong Economic Journal)*, 27.7.04, nach BBC PF, 28.7.04) -hol-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 11 Private Hochschulen wichtig für das Erreichen der Bildungsziele

Während China auf der einen Seite über zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte verfügt, finden auf der anderen Seite die Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen keine Anstellung. Vor diesem Hintergrund befasste sich eine Forschungsgruppe verschiedener Institutionen mit den Entwicklungsmöglichkeiten privater Hochschulen, deren Ergebnisse Mitte Juli vorgestellt wurden. In der Gruppe waren u.a. Forscher des Staatsrats, des Erziehungsministeriums, des Bundes für Industrie und Handel, der China Enterprise Evaluation Association, der Chinesischen Gesellschaft für Berufsbildung und der Beijinger Akademie für Erziehungswissenschaften vertreten. In ihrem Bericht mit dem Titel „Die strategische Alternative für die dauerhafte Entwicklung der privaten Hochschulbildung im gegenwärtigen China“ heben sie die Bedeutung der privaten Hochschulen hervor, betonen aber zugleich, dass diese ihre Ausbildungsinhalte und -formen weit stärker als bisher an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes ausrichten und „Beschäftigung als Leitlinie“ (*yi jiyue wei dao-xiang*) verfolgen müssen und dafür auch mit den Unternehmen enger zusammenarbeiten sollten. Als nachahmenswertes Beispiel wird die Berufs-

akademie für Internationalen Handel in Shaanxi angeführt.

Die Zahl der privaten Hochschulen, die zur Ausstellung von Zeugnissen berechtigt ist, habe im Jahre 2003 bereits 1.277 erreicht, an denen 2,064 Mio. Studenten eingeschrieben seien. Eine Untersuchung an 171 öffentlichen und privaten Berufs- und Fachhochschulen habe weiter ergeben, dass 2003 84,6% der Absolventen eine Anstellung gefunden haben und die Erfolgsrate bei den privaten Hochschulen sogar noch höher lag. Dennoch sei aber der oben genannte Widerspruch zwischen Fachkräftemangel und erfolgloser Jobsuche zu beklagen, seitdem 2003 erstmals ein größerer Absolventenjahrgang auf den Arbeitsmarkt strömte, der nach Ausweitung der Immatrikulationen 1999 an die Hochschulen kam. Durch den verschärften Wettbewerb habe der Druck auf die Abgänger von Privathochschulen noch zugenommen, die ohnehin in einer schwächeren Position seien (GMRB, 14.7.04). Die Volkszeitung schlussfolgerte aus Zahlen für Beijing, dass sowohl in der Bevölkerung als auch bei Unternehmen die Ausbildung durch Berufshochschulen immer mehr akzeptiert wird. Im Jahre 2002 gab es hier 8.444 Absolventen, von denen 53% eine Anstellung fanden; 2003 lauteten die entsprechenden Zahlen 12.911 und 62% und 2004 erhielten von 21.252 Absolventen beruflicher Hochschulen 88% einen Job (RMRB, 28.7.04).

Durch die verstärkte Aufnahme von Studenten hat sich an den Hochschulen das Verhältnis von Lehrern zu Studenten von ehemals 1:8 zu 1:15 oder sogar 1:18 verschlechtert. Die Hochschulen in Guangdong haben bereits einen Mehrbedarf von über 5.000 Hochschullehrern angemeldet. Derzeit besuchen allerdings nur 20% der chinesischen Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren eine Hochschule, in den USA und Großbritannien sind dies zwischen 50 und 60%. (XNA, 8.6.04) -gs-

### 12 Kündigungsschutz für Lehrer in Heilongjiang soll aufgehoben werden

1986 wurde mit der Einführung des Arbeitsvertragssystems für neu an-

gestellte Arbeiter in staatseigenen Unternehmen begonnen, das System der festen und lebenslangen Anstellung abzuschaffen (auch „Eiserne Reisschüssel“ bzw. *tiefanwan* genannt). Bis Mitte der 1990er-Jahre sollten dann alle Beschäftigten in Unternehmen in dieses Vertragssystem, das die Entlassung nach Ablauf der Vertragsfrist vorsieht, einbezogen werden und auch im öffentlichen Dienst wurde begonnen, das ehemalige Kadernsystem durch ein Anstellungssystem (*pin-yongzhi* oder *pinrenzhi*) zu ersetzen. Auf einer Konferenz zum Personalwesen in Grund- und Mittelschulen in der Provinz Heilongjiang wurde nun am 10. Juli beschlossen, bis zu den nächsten Winterferien für alle 332.172 Beschäftigten (Lehrer und Verwaltungspersonal) in diesen insgesamt 10.631 Schulen die „Eiserne Reisschüssel“ durch ein Anstellungssystem zu ersetzen, das die Verantwortung und die Personalverwaltung den Schulen überträgt, deren Besonderheiten damit mehr Rechnung tragen kann, für Effizienz sorgt, Wettbewerb ermöglicht und so die Zusammensetzung und Qualität des Personals optimiert. Im Ergebnis könnten ca. 59.000 Lehrerstellen eingespart werden. Die Unterbringung dieser Freigesetzten wäre dann ein weiterer Schwerpunkt der Reform. (GMRB, 11.7.04) -gs-

### 13 Bildungsministerium will illegale Gebühren von Schulen unterbinden

Ein Vertreter des Bildungsministeriums drängte in einem Interview mit der *Guangming Ribao* die Provinzregierungen auf die Einhaltung von Richtlinien zur Frage der sog. „Schulwähler“, die das Ministerium vor einem Jahr bekannt gegeben hat. Die Richtlinien fordern dazu auf, bei denjenigen Schülern von öffentlichen Oberen Mittelschulen (Sekundarstufe II), die sich die Schule selbst wählen (*zexiaosheng*), eine Politik der „drei Beschränkungen“ („*sanxian*“ *zhengce*) durchzuführen.

Hintergrund dieser Maßnahme ist das Bestreben von Schulen, sich unter Ausnutzung des Wunsches von Familien, ihren Kindern die bestmögliche Ausbildung zukommen zu lassen, zusätzliche und damit auch ille-

gale Gebühreneinnahmen zu verschaffen (*luan shou fei*). Für die Schulen gilt generell das Wohnortprinzip, d.h. Kinder sollen in den Schulen ihres Wohngebiets eingeschult werden. Im Pflichtschulbereich dürfen laut Gesetz keine Schulgelder erhoben werden, wohl aber vermischte Gebühren für z.B. Schulbücher, Schulverpflegung u.a. (vgl. dazu C.a., 2003/12, Ü 14). Dennoch versuchen die Schulen, über zusätzliche Gebühren, die sie z.B. für den „Schulbau“ (*jianxiaofei*) oder allgemein zur „Unterstützung“ (*zanzhufei*) einfordern, ihre finanzielle Ausstattung zu verbessern. Dadurch entstehen allerdings auch Qualitätsunterschiede, denn Lehrer versuchen an die besser ausgestatteten Schulen zu wechseln bzw. Schulen versuchen besser qualifizierte Lehrer anzuwerben. Damit bieten sie wiederum Anreiz für Eltern, für ihre Kinder diese Schulen „selbst auszuwählen“. Dafür sind sie bereit, auch höhere Schulgebühren zu zahlen – z.T. mehrere Zehntausend Yuan, was natürlich die Unterschiede zwischen den Schulen noch verstärkt; die Schulen wiederum lassen auch Schüler zu, die die für eine Aufnahme notwendige Punktzahl nicht erreicht haben, da bei der Prüfung nicht erreichte „Punkte“ durch entsprechende Zusatzzahlungen ausgeglichen werden können.

Das Bildungsministerium hatte nun im Juli 2003 in einer „Mitteilung“ dazu aufgefordert, die Zahl der „Selbstwähler“, die in den Prüfungen erforderliche Punktezahl und die Höhe der Zusatzeinnahmen zu begrenzen. Dabei sollen der erlaubte Anteil von „Selbstwählern“ in den Schulen sowie die Mindestpunktzahl für die Aufnahme von in den Provinzen zuständigen Bildungsbehörden und die zulässige Höchstgrenze an Gebühren von der Provinzregierung (nach Abstimmung mit den Behörden für Bildung, Finanzen und Preise) festgelegt und kontrolliert werden. Grundsätzlich werden Gleichbehandlung und Transparenz gefordert, d.h. die „Selbstwähler“ sollen in den allgemeinen Plan für die Schülerrekrutierung aufgenommen, ihr Anteil und die Höhe der Gebühren öffentlich bekannt gegeben sowie die Prüfungskriterien und das Aufnahmeverfahren vereinheitlicht werden. Schüler, die die Mindestpunktzahl nicht erreicht haben, sollen

nicht mehr aufgenommen werden. Eine eigenmächtige Ausweitung der Aufnahme von „Selbstwählern“ durch die Schulen soll ebenso strikt unterbunden werden wie die Erhebung von Gebühren über die festgelegten Summen hinaus. Außerdem wird verboten, auf sog. „Selbstzahler“ (*zifeisheng*) oder „Gastschüler“ (*jiedusheng*), auf spezielle Kurse für Selbstzahler (*zifeiban*) sowie auf anders benannte Gebühren (s.o.) auszuweichen.

Ob diese Regeln allerdings konsequent umgesetzt werden, wird angesichts der regionalen Zuständigkeit für die Schulen abzuwarten sein. Der Ministeriumssprecher selbst hob unter den Problemen das Prinzip „Wer verwaltet, ist auch verantwortlich“ hervor. Und in einem Kommentar zur Bekanntgabe der Mitteilung im Juli 2003 wurde darauf hingewiesen, dass die Schulen nur die eine Seite darstellen; die andere Seite seien die Familienoberhäupter, die ihre Kinder – durch den Besuch weniger guter Schulen – nicht schon „auf der Startlinie“ verlieren sehen wollen (GMRB, 10.7.04; [www.cernet.edu.cn/20030711/3088184.shtml](http://www.cernet.edu.cn/20030711/3088184.shtml); <http://news.sina.com.cn/c/2003-07-14/0806374328s.shtml>) -gs-

### 14 Zahl der Armen erstmals wieder gestiegen

Die Zahl der Menschen, die unterhalb der chinesischen Armutsgrenze leben, ist im Jahre 2003 erstmals seit Beginn der Reformen wieder gestiegen, und zwar um rund 800.000 auf 29 Mio. (unter 3% der chinesischen Bevölkerung). Der Direktor des Beijing Büros für Armutsbekämpfung und Entwicklung Liu Jian, der diese Zahlen auf einer Arbeitskonferenz in Beijing am 16.7. bekannt gab (RMRB, 17.7.04), machte dafür schwere Naturkatastrophen verantwortlich, die in den Provinzen Henan, Anhui, Shanxi und Heilongjiang die Zahl der Armen um über 2 Mio. anwachsen ließ. Im Norden und Süden Chinas waren über 300 Mio. Menschen von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Dürre betroffen. Auch die SARS-Krise habe für viele Bauern existenzbedrohende Auswirkungen, da sie während der weniger arbeitsintensiven Zeit nicht zur Aufnahme befristeter Zusatzarbeit in die Städte gehen konnten.

Die Armutsgrenze ist in China mit derzeit 637 Yuan oder 77 US\$ pro Person pro Jahr sehr niedrig angesetzt. Sie beträgt damit nur 1,75 Yuan oder 21 USCent pro Tag, während die Weltbank im Allgemeinen bei weniger als 1 US\$ pro Tag von Armut spricht. Da die Zahl der Armen in China seit 1978 allerdings dramatisch abgenommen hat – nach chinesischen Kriterien gab es damals noch rund 250 Mio. Arme –, wird China auch seitens der Weltbank als Musterbeispiel der Armutsbekämpfung gelobt (vgl. auch C.a., 2004/5, Ü 17). Dennoch haben sich angesichts der jüngsten Zahlen vor allem unter chinesischen Soziologen und Armutsexperten einige kritische Stimmen geregt.

Auf die niedrige Armutsgrenze wurde bereits hingewiesen. Ca. 56,17 Mio. Menschen verdienen zwischen 637 und 882 Yuan pro Jahr (Letzteres gilt als die Grenze für niedriges Einkommen, *dishouru*) und befinden sich damit relativ nahe an der Armutsgrenze. Bei etwas verschlechterten Einkommensbedingungen fallen sie leicht wieder unter die Armutsgrenze; allein in Sichuan betraf dies im letzten Jahr über 2 Mio. Menschen. Außerdem hat sich laut Liu die relative Position der Armen verschlechtert. Lag das durchschnittliche ländliche Einkommen 1992 noch um 2,45 Mal höher als das der Armen, so überstieg es dieses 2003 bereits um das 4,12fache. Wenn er zugleich als Erfolg vermeldete, dass das Durchschnittseinkommen der Bauern in den 592 Armutsbezirken im letzten Jahr um 6% und damit um 1,7% mehr als das nationale Durchschnittseinkommen gestiegen sei, so bedeutet dies allerdings nicht unbedingt, dass damit auch die Einkommen der Armen gestiegen sind, die nur einen Teil der Bevölkerung in den Armutsbezirken ausmachen.

Nach Angaben von Liu Jian hat die Effektivität der Maßnahmen zur Armutsbekämpfung abgenommen. Sank die Zahl der Armen in den 1990er-Jahren noch jährlich um durchschnittlich 6 Mio., so konnten in den Jahren 2001 und 2002 nur noch 2 Mio. pro Jahr aus der Armut befreit werden – und 2003 stieg die Zahl erstmals wieder. Kritiker bezeichnen die chinesischen Methoden der Armutsbekämpfung als zu dirigistisch und nicht partizipativ. Widerspruch regt sich da-

bei gegen die Umsiedlung als letztes Mittel. Umgesiedelte Bauern hätten oft keine Möglichkeit, in den Ansiedlungsgebieten eine neue Existenz aufzubauen und sich in die Umgebung zu integrieren. Auch seien die Hilfsmaßnahmen zu kurzfristig angelegt; für ein Jahr gegebene Kredite würden nur dazu führen, dass die Bauern bei Ausbleiben des Kredits im Folgejahr wieder in die Armut zurückfielen. In manchen Gebieten gelte dies für 30-40% der so Unterstützten. In diesem Zusammenhang wird erwähnt, dass durch Umsiedlungsmaßnahmen in Folge von Dammprojekten von 16 Mio. Umgesiedelten 10 Mio. Menschen in die Armut gedrängt wurden. Die einmaligen Pauschalen, die ihnen als Entschädigung gezahlt würden, seien häufig nach ein bis zwei Jahren verbraucht worden, ohne dass eine neue Existenzgrundlage geschaffen werden konnte; und diejenigen, die sich in den Städten niedergelassen hätten, hätten keine Aufnahme in die städtischen Wohlfahrtssysteme erhalten.

Korruption wird ebenfalls kritisiert. So sollen nach Angaben der National Audit Administration in den Jahren 1997-99 von den 48,8 Mrd. Yuan Hilfgeldern für die Armutsbekämpfung rund 4,34 Mio. in den Taschen korrupter Beamter verschwunden sein. (SCMP 19.7.04; XNA, 20.7.04; WSJ, 20.7.04; ST, 19., 22., 30.7.04; FAZ, 26.7.04)

Alle diese Angaben beziehen sich nur auf das ländliche China. Allerdings hat im letzten Jahrzehnt vor allem aufgrund von Arbeitslosigkeit auch die städtische Armut zugenommen. Die Städte reagierten darauf mit der Einführung von Mindestlöhnen und einer Grundsicherung. Angesichts größerer erfolgter und noch erwarteter Preissteigerungen hat die Beijinger Stadtregierung Anfang Juli diese Hilfen angehoben. So erhöhte sie den Minimallohn von bisher 2,96 Yuan pro Stunde (495 Yuan im Monat) auf 3,26 Yuan (545 Yuan); die Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung soll von 326-419 Yuan auf 347-446 Yuan steigen, ebenso sollen sich die Pensionszahlungen erhöhen. Die Grundsicherung für arme Familien soll zwar bei durchschnittlich 290 Yuan pro Kopf bleiben, jedoch sollen durch erweiterte Kriterien mehr Bedürftige in den Ge-

nuss der Hilfe kommen. (XNA, 2.7.04) -gs-

## 15 Neuer Fall von Geflügelgrippe unter Kontrolle

Ein neuer Fall von Geflügelgrippe scheint dank rascher und entschiedener Maßnahmen nach rund drei Wochen unter Kontrolle gebracht worden zu sein. Nachdem die VR China am 16. März mit der Aufhebung der Quarantäne über die betroffenen Gebiete in Tibet und Guangxi einen gut zweimonatigen Kampf gegen den Virus erfolgreich beenden konnte (C.a., 2004/3, Ü 18), war Anfang Juli ein neues Auftreten desselben tödlichen Virus H5N1 in der Provinz Anhui, im Bezirk Juchao der Stadt Chaohu, gemeldet worden. Einen entsprechenden Bericht hatte das Agrarministerium am 3. Juli erhalten und sofort eine Gruppe von Experten in das betroffene Gebiet entsandt. Außerdem informierte es die Welternährungs- und Weltgesundheitsorganisation (FAO und WHO) sowie zuständige Behörden in Macau, Hongkong und Taiwan, wohin Geflügel aus der VR China gehandelt wird.

Zur direkten Bekämpfung des Virus wurden unmittelbar die nach dem Gesetz zur Verhütung von Epidemien bei Tieren erforderlichen Maßnahmen eingeleitet: In einem Umkreis von 3 km der Hühnerfarm wurde alles Geflügel gekeult (insgesamt ca. 30.000 Stück), im Umkreis von 8 km wurden alle rund 120.000 Vögel geimpft, die Handelswege in und aus dem Gebiet wurden geschlossen, privates Schlachten im Umkreis von 10 km wurde untersagt. Auch für die Menschen in dem betroffenen Gebiet wurden Mobilitätsbeschränkungen erlassen und diejenigen, die unmittelbar Kontakt zu den erkrankten Tieren gehabt hatten, einer strengen medizinischen Kontrolle unterworfen; zu Erkrankungen kam es allerdings bislang nicht.

Shanghai, das viel Geflügel aus Anhui bezieht, stoppte zwar nicht die Importe, erhöhte aber seine Inspektionen. Allerdings suspendierte eine Notverordnung der staatlichen Quarantäneverwaltung vorübergehend alle Exporte von Geflügel aus Anhui heraus, ausgenommen waren hitzebehandelte Produkte. In dieser Verord-

nung wurde die Aufmerksamkeit der Behörden vor allem auf die Sicherstellung der übrigen Handelswege innerhalb Chinas sowie nach Hongkong und Macau gelenkt. Darüber hinaus sollte verhindert werden, dass die Grippe vom Ausland eingeschleppt wurde, wo – wie in Thailand – ebenfalls wieder Verdachtsfälle auftauchten.

Ein WHO-Sprecher hob hervor, dass China diesmal in relativ kurzer Zeit auf das Auftreten der Krankheit reagiert hat, was auch auf eine bessere Vorbereitung für deren Bekämpfung hinweise. Auch ein Sprecher des Hongkonger Gesundheitsministeriums hob die schnelle und gute Information hervor; die Geflügeltransporte aus Guangdong liefen normal weiter, da von dort keine Fälle gemeldet wurden. Am 21. Juli gab Xinhua bekannt, dass auch im Juchao-Bezirk kein neuer Fall aufgetaucht war. (XNA, 6., 7., 8., 21.7.2004; SCMP, 7., 8.7.04; XNA, 7.7.04, nach BBC PF, 9.7.04; RTHK, 9.7.04, nach BBC EF, 10.7.04) -gs-

## 16 Premierminister Wen fordert verstärkte Maßnahmen gegen AIDS/HIV

Am Vorabend der 15. Internationalen AIDS-Konferenz, die am 11.7. in Bangkok eröffnet wurde, veröffentlichten die großen staatlichen Tageszeitungen auf ihren Titelseiten einen programmatischen Beitrag von Ministerpräsident Wen Jiabao, in dem dieser zum verstärkten Kampf gegen die Immunschwächekrankheit aufruft (GMRB und RMRB, 10.7.04). Wen nennt darin die gegenwärtige Periode entscheidend für die Bekämpfung von AIDS und fordert die Regierungen auf allen Ebenen sowie die gesamte Gesellschaft auf, dem Problem große Bedeutung beizumessen. Tatsächlich geht die chinesische Regierung nach gemeinsamen Untersuchungen mit UNAids, der AIDS-Agentur der UN, und der WHO von derzeit 840.000 infizierten Personen aus; UN-Aids warnt allerdings davor, dass bei nicht erfolgreicher Vorsorge diese Zahl bis zum Jahre 2010 auf 10 Mio. steigen könne (vgl. auch den Beitrag von Birte Seffert in C.a., 2004/6).

Angesichts dieser Gefahren fordert Wen in seinem ungewöhnlich offenen Beitrag die Regierungen dazu auf, den

Kampf gegen AIDS zu einer Priorität zu erklären. Und er nennt einige Leitprinzipien für die zu verstärkende Prävention und Kontrolle: Vorrang müsse die Prävention haben und mit einem umfassenden Ansatz sollten sowohl die unmittelbaren Ursachen als auch die Wurzeln des Problems bekämpft werden; dabei komme den Regierungen eine führende Position zu; alle Maßnahmen müssen im Einklang mit den Gesetz stehen bzw. müssen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden; Wissenschaft und Technologie spielten bei der Bekämpfung eine wichtige Rolle, vor allem bei der Entwicklung neuer Medikamente und der Optimierung der Behandlungsmethoden. Weiterhin hob Wen sechs Aufgaben hervor, die vordringlich zu erfüllen seien. Wichtig sei erstens die Verbesserung des Monitoring, da nur so rechtzeitige, akkurate und vollständige Informationen über die Entwicklung und Verbreitung von AIDS zu erhalten seien. Zweitens sollten mittels Propaganda und Erziehung die Kenntnisse über Vorsorge und Kontrolle stärker verbreitet werden, vor allem unter jungen Leuten; dies schließe ein, die gesamte Gesellschaft dazu zu bringen, HIV-Träger und AIDS-Patienten nicht länger zu diskriminieren. Drittens müssen die primären Übertragungswege konsequent unterbrochen werden, indem man sowohl gegen soziale Übel wie Drogenhandel und Prostitution als auch gegen illegalen Bluthandel und Missmanagement beim Blutsammeln hart durchgreife. Die Versorgung der AIDS-Patienten müsse viertens ebenso verbessert werden (u.a. durch die „vier freien Dienstleistungen“, d.h. z.B. freie Medikamente für Patienten im ländlichen Raum) wie fünftens die finanzielle Unterstützung der Arbeit erhöht werde müsse. Als sechsten Punkt nannte Wen die Verstärkung des internationalen Austauschs und der Zusammenarbeit mit anderen Ländern und Organisationen.

Wens öffentlicher Aufruf, den Kampf gegen AIDS zu verstärken, zeigt erneut, dass es der neuen Regierung Ernst damit ist, nach jahrelangem Ignorieren der Krankheit diese nun zu bekämpfen. Wen selbst hat dies durch einen öffentlichen Besuch bei Patienten auch persönlich deutlich gemacht. Der Aufruf zeigt aber auch, wie dringend das Problem für die Regierung

geworden ist, die dabei auf internationale Hilfe hofft. Darum bat jedenfalls auch der stellvertretende Gesundheitsminister Wang Longde auf der Konferenz in Bangkok; China mangle es an ausreichenden Ressourcen für die Prävention.

Begrüßt wurde die Stellungnahme Wens vom Exekutivdirektor der UNAIDS Peter Piot, der zugleich mahnte, dass noch ein langer Weg voll von Problemen und Hindernissen zu gehen sei: „I believe there is a reason to celebrate but not to cry victory“. Mit Bezug auf Wens Artikel forderte er China auf, nun den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Kritiker der chinesischen Regierung wiesen darauf hin, dass Wen keinerlei Zahlen zur finanziellen Aufstockung der Anti-AIDS-Programme genannt hat. Außerdem würde die chinesische Regierung immer noch die Informationen über die Krankheit strikt kontrollieren und unabhängige AIDS-Aktivisten drangsalieren und sogar einsperren. So sind nach Angaben von amnesty international in den ersten zwei Juliwochen vier Aktivisten in Henan verhaftet worden und für ihre Kritik bekannte Dorfbewohner in Shangcai wurden während des Besuches einer US-Delegation unter Hausarrest gestellt. Im ländlichen Henan sind aufgrund eines von den Regierungen gedeckten unsauberen Geschäfts mit Blutkonserven besonders viele Menschen erkrankt. (ST, 11.7.04; WSJ, 10., 12., 13., 16.7.04) -gs-

## 17 Chinas Fußballnationalmannschaft scheidet im Finale des Asiencups

Der Asiencup, der seit 1956 ausgetragen wird, fand vom 17.7. bis zum 7.8. in China statt. Gespielt wurde in vier Stadien in Beijing, Jinan, Chengdu und Chongqing und die Gastgeber scheuten sich nicht, Parallelen zur Anfang Juli mit dem Überraschungssieg Griechenlands abgeschlossenen Europameisterschaft zu ziehen, zumal man sich im Format erstmals dieser angepasst hatte.

Doch wie bei der EM ging auch im Arbeiterstadion in Beijing im Eröffnungsspiel für den Gastgeber gegen den vermeintlich kleinen Gegner Bahrain nicht alles glatt; allerdings konnte

die chinesische Mannschaft anders als Portugal noch ein Unentschieden (2:2) halten. Bahrain wurde dann Zweiter in der Gruppe A vor Indonesien und Qatar. Angeführt wurde die Gruppe von den Chinesen unter dem holländischen Trainer Arie Haan, der sein Team mit Siegen über Irak (3:0) im Viertelfinale und Iran (5:4 n.E.) im Halbfinale bis ins Finale führte. War dies bereits ein Erfolg, da China bisher nie über das Halbfinale hinausgekommen war, so gelang es jedoch – wie den Portugiesen – auch dem chinesischen Gastgeber nicht, das Endspiel zu gewinnen und den bisherigen Titelhalter Japan zu schlagen. Japan siegte vielmehr zum dritten Mal und schlug China in der aufgeheizten japanfeindlichen Atmosphäre des Beijinger Arbeiterstadions mit 3:1. Der Trainer der Chinesen erwies sich dann aber als schlechter Verlierer und blieb der Verleihung der Silbermedaille fern, da er fatale Fehler des Schiedsrichters für die Niederlage seiner Mannschaft verantwortlich machte; das japanische Team habe aufgrund seiner größeren Erfahrung viele Fouls begangen können, die von den Referees nicht bemerkt wurden.

Für das Fernsehen war das Endspiel dennoch ein Erfolg. Das Sportereignis erzielte die höchste Einschaltquote in der chinesischen TV-Geschichte: 43,1% aller Fernsehhaushalte oder ca. 300 Mio. Menschen verfolgten das Spiel. Die Ausschreitungen der chinesischen Fans veranlassten den *Economist* zu der Frage, ob China überhaupt Gastgeber für die Olympischen Spiele 2008 sein könne. (FAZ, 20., 29.7.04; HA, 11.8.04; <http://de.chinabroadcast.cn>; <http://www.asiancup2004.com>; *Economist*, 14.8.04, S. 46) -gs-

---

## Außenwirtschaft

---

### 18 EU und China diskutieren erneut Marktwirtschaftsstatus

Obwohl die EU im Juni d.J. den Antrag Chinas auf Gewährung des Marktwirtschaftsstatus abgelehnte, drängt die chinesische Regierung wei-

ter auf ein Überdenken dieser Entscheidung. Die Presssprecherin des Außenministeriums, Zhang Qiyue, kritisierte in ihrer Stellungnahme vor allem den Vorwurf, dass die chinesische Wirtschaft durch zu starke Eingriffe des Staates geprägt sei. Diesem Argument hielt sie entgegen, dass der private Sektor einen bedeutenden Anteil an der nationalen Wirtschaft habe. Statistiken zeigten außerdem, dass die Preise von mehr als 90% aller Güter am Markt bestimmt würden. Weiterhin seien mehr als 3.000 Gesetze und Bestimmungen nach dem WTO-Beitritt im Jahre 2001 angepasst und WTO-kompatibel gemacht worden. ([www.chinaembassy.org.in/eng/fyrth/fyrth/t141365.htm](http://www.chinaembassy.org.in/eng/fyrth/fyrth/t141365.htm); [www.china.org.cn/english/BAT/99760.htm](http://www.china.org.cn/english/BAT/99760.htm))

In einem Kurzdokument erläuterte die EU am 28.6.04 ihre Argumentation näher. Hierbei kam sie in vier Bereichen zu einer kritischen Stellungnahme. Die unten aufgeführten Defizite beeinflussten aus Sicht der EU die Durchführung von Antidumpinguntersuchungen, sodass deshalb der Marktwirtschaftsstatus noch nicht vergeben werden könne. Sobald diese Mängel beseitigt seien, bestände keine Grund mehr, den Status nicht zu verändern. Im Einzelnen handelte es sich dabei um folgende Punkte:

„1. State influence: ensuring equal treatment of all companies by reducing state interference, which takes place either on an ad hoc basis or as a result of industrial policies, as well as through export and pricing restrictions on raw materials.

2. Corporate governance: increasing the level of compliance with the existing Accounting Law in order to ensure in general the usability of accounting information for the purpose of trade defence investigations.

3. Property and bankruptcy law: ensuring equal treatment of all companies in bankruptcy procedures and in respect of property and intellectual property rights.

4. Financial sector: bringing the banking sector under market rules, i.a. by removing discriminatory barriers, in order to ensure rational allocation of capital by financial institutions.“ (<http://trade-info.cec.eu.int/>

[doclib/docs/2004/june/tradoc\\_117795.pdf](http://doclib/docs/2004/june/tradoc_117795.pdf))

Insgesamt sind nach EU-Angaben nur 0,5% der chinesischen Exporte in die EU von Antidumpingmaßnahmen betroffen, für die der Marktwirtschaftsstatus eine zentrale Rolle spielt. Die EU spielte die Ablehnung des Marktwirtschaftsstatus in ihrer Bedeutung herunter und verwies darauf, dass es sich um eine technische Frage handle und nicht um eine politische. So verwies die Presssprecherin der Abteilung Außenhandel der EU-Kommission, Arancha Gonzalez, darauf, dass die Entscheidung keine allgemeine Beurteilung der chinesischen Wirtschaft sei: „This is not an overall judgement of the general economy of China, this is to be put in the context of anti-dumping procedures“. (<http://www.euobserver.com>)

Trotz der unterschiedlichen Position über die Frage des Marktwirtschaftsstatus bemühen sich beide Seiten, den Konflikt nicht zuzuspitzen. So hob Christopher Patten, EU-Kommissar für Externe Beziehungen, während eines Besuchs Ende Juni in Singapore die Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zu China hervor. Patten betonte auch die umfassende Kooperation zwischen China und der EU in vielen Bereichen der Wirtschaft und Technologie. Die EU betrachte China nicht als eine strategische Bedrohung, sondern als einen strategischen Partner. Patten schlug die Bildung einer gemeinsamen Gruppe von Vertretern der chinesischen Regierung und der EU-Kommission vor, um eine Annäherung und Lösungswege für die unterschiedlichen Positionen zu finden. (BBC EF, 30.6.04)

Die wachsende wirtschaftliche Bedeutung der erweiterten EU für Chinas Außenhandel wird anhand der Statistiken für die ersten fünf Monate d.J. deutlich. Mit einem Handelsvolumen von 65,72 Mrd. US\$ stieg die EU zum größten Handelspartner Chinas auf. Auf die EU entfällt damit ein Anteil von 15,5% des chinesischen Gesamt-handels. Japan lag mit einem Wert von 64,1 Mrd. US\$ knapp an zweiter Stelle, die USA waren mit 62,36 Mrd. US\$ der drittgrößte Handelspartner. Auch bei den Wachstumsraten des Außenhandels lag die EU mit 35,9% vorn, dann folgten die USA mit 34,4%